

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Andreae, Oliver Krischer, Katharina Dröge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/493 –**

Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Zukunftsinvestitionen sichern

A. Problem

Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands durch Innovationen und Zukunftsinvestitionen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten.

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/493 abzulehnen.

Berlin, den 19. Februar 2014

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Marcus Held
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Marcus Held

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/493** wurde in der 14. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Februar 2014 dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN muss die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands durch Innovationen und Zukunftsinvestitionen gesichert werden, um die Chancen zukünftiger Generationen nicht zu verspielen. Die Investitionsquote in Deutschland liege mit 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts deutlich unter dem Durchschnitt der OECD-Länder von 20 Prozent mit langfristigen Folgen für die wirtschaftliche Dynamik und auch für die Arbeitsplätze. Ökonomen bezifferten die jährliche Investitionslücke auf rund 75 Mrd. Euro. Angesichts einer alternden Gesellschaft, dem Verfall des öffentlichen Kapitalstocks und einer im internationalen Vergleich sehr geringen Investitionstätigkeit der Unternehmen setze die Bunderegierung die falschen Prioritäten. Notwendig sei die Schaffung von Investitions- und Planungssicherheit durch verlässliche ökologische Leitplanken. Durch Entwicklung einer Willkommenskultur und eines transparenten und liberalen Einwanderungssystems soll Deutschland für gut qualifizierte und motivierte Fachkräfte attraktiv werden. Außerdem sollen die Potenziale der erneuerbaren Energien ausgeschöpft werden. Deckelungen beim Ausbau von Wind- und Solaranlagen werden abgelehnt. Neben dem Abbau von umweltschädlichen Subventionen verlangen die Antragsteller Maßnahmen zur Förderung privatwirtschaftlicher Investitionen. Als Schwerpunkte werden hier die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Schaffung steuerlicher Anreize für die Gebäudesanierung sowie ein Konzept für den Ausbau einer flächendeckenden Breitbandinfrastruktur genannt.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 18/493 verwiesen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Antrag auf Drucksache 18/493 wurde in der 5. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie am 19. Februar 2014 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/493 zu empfehlen.

Berlin, den 19. Februar 2014

Marcus Held
Berichterstatter

